

**Karl Heinz Roth: Hans Rothfels: Neo-konservative
Geschichtspolitik diesseits und jenseits des Atlantiks**
von Karl Heinz Roth

[Vorbemerkung der H-Soz-u-Kult Redaktion: Der folgende Beitrag ist eine Zusammenfassung eines Artikels, der in Sozial.Geschichte, Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1, Februar 2003, publiziert wird. Diese Zusammenfassung erscheint ohne Anmerkungen und wissenschaftlichen Apparat, die in der endgültigen Veröffentlichung enthalten sein werden.]¹

Die kritische Auseinandersetzung mit Hans Rothfels ist keineswegs neu. Wegen seiner geschichtspolitischen Auffassungen ist er bereits zu Lebzeiten scharf kritisiert worden. George W. F. Hallgarten, der von den Nazis 1936 ausgebürgerte Historiker des Imperialismus, stand ihm zeitlebens in Feindschaft gegenüber. Seine Kritik am nationalkonservativen Habitus des Bismarck-Verehrers und späteren Anhängers des Kalten Kriegs wurde von dem 1933 in den USA verstorbenen Eckart Kehr noch übertroffen. Kehr bezeichnete Rothfels als den ersten deutschen Historiker, der mit seinen 1932 vorgetragenen Überlegungen über die Ostpolitik Bismarcks die neo-rankeanische Ideengeschichte der Meinecke-Schule offen mit der politischen Rechten verknüpft habe. Rothfels wolle „zurück zu einem autoritären und patriarchalischen Regime“ und strebe „die Konservierung einer deutschen baltischen Herrschaft über diesen vielen Ostvölkern“ an. Dies sei, so Kehr weiter, ein bemerkenswerter Versuch zur faschistischen Neuinterpretation der Geschichte.

War dieses Urteil berechtigt? Hatte Rothfels 1932 gar eine faschistische Bresche in die „Zunft“ geschlagen? Kehr erkannte den entscheidenden Fixpunkt des Rothfelschen Paradigmenwechsels: Rothfels

¹Roth, Karl Heinz, „Richtung halten“. Hans Rothfels und die neo-konservative Geschichtsschreibung diesseits und jenseits des Atlantik, in: Sozial.Geschichte, N.F., 18 (2003), 1, S. 41-71; Sozial.Geschichte ist die neue Folge von 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts; mehr über diese Veränderung finden Sie unter <http://www.stiftung-sozialgeschichte.de>. Wir danken dem Verlag und den Herausgebern von Sozial.Geschichte für ihre freundliche Unterstützung.

votierte für eine Restauration der patriarchalischen Ständeherrschaft in der ostmitteleuropäischen „Zwischenzone“, was für die Unterschichten des slawischen Westens die Aufhebung der nationalstaatlichen Agrarreformen und die Restauration unfreier Arbeitsverhältnisse zur Folge gehabt hätte. Die neuen Unfreien sollten ent-nationalisiert und in einem multiethnischen Föderationssystem eingefriedet werden. Dabei sollte Deutschland als westliche „Kernmacht“ die Herrschaft stellen, weil sie kraft ihrer Kolonisierungserfahrungen zum „Leistungsträger“ der Neuordnung auserkoren war.

Insoweit war Eckart Kehrs Befund zutreffend. Aber mit Faschismus hatte das begrifflich noch nichts zu tun. Dafür fehlten einige entscheidende Komponenten. Rothfels sprach sich für die Annullierung der osteuropäischen Nachkriegsordnung von 1919/20 aus, die im Verlauf einer nicht näher spezifizierten aggressiven Expansionsphase durch die deutsche Vormachtstellung abgelöst werden sollte. Unter Faschismus verstehen wir aber mehr als ein Programm zur Revision von Grenzregimes und imperialen Machtentfaltung. Er ist ein Herrschaftsmodell, das auf die diktatorische Umgestaltung des Nationalstaats setzt, um die Klassenwidersprüche korporatistisch zu überbrücken und die Nation so expansionsfähig wie möglich zu machen. Zudem zerfiel der Faschismus zu Rothfels' Zeiten in mehrere Strömungen, die trotz ihrer gemeinsamen strategischen Klammer in der Ära der Präsidialkabinette und nach der Zerstörung des linken und demokratischen Lagers im Frühjahr 1933 heftig miteinander rivalisierten. Kehrs Verdikt scheint also unzureichend begründet. Es wäre berechtigt gewesen, wenn er Rothfels nachgewiesen hätte, dass dieser seine ostmitteleuropäischen Visionen erstens verallgemeinerte und auf die Weimarer Republik selbst projizierte, dass sie zweitens Teil eines umfassenden völkisch-nationalistischen Expansionsprogramms waren und drittens einer spezifischen Strömung des deutschen Faschismus angehörten.

Dieser Nachweis kann jedoch geführt werden. Rothfels' Vorschlag zur ständestaatlichen Neuordnung war keineswegs auf die osteuropäi-

sche „Völkermischzone“ begrenzt. Er stellte vielmehr die Fortführung eines klassenpolitischen Restaurationsmodells dar, an dem Rothfels seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gearbeitet hatte. Er wollte die subalternen Klassen in eine „staatlich geeinte Gemeinschaft“ integrieren, um auch ihnen gegenüber die „Staatsidee“ von „Pflicht und Leistung“ durchzusetzen. Nach dem Vorbild einer Bismarck unterstellten korporatistischen Vision sollte dadurch die „innere Reichsgründung“ nachgeholt und dann auf die „offene Ostgrenze“ des Reichs übertragen werden. Die am Modell der junkerlich-kapitalistischen Gutsherrschaft geschärfte Option für eine korporative Selbstverwaltung der patrizischen Stände gründete sich jedoch weiterhin auf die Bedingungslosigkeit der Staatsgewalt gegenüber Individuen und Gesellschaftsklassen. Rothfels verband die beiden Denkfiguren des „absoluten Etatismus“ und der „völkisch-ständischen Neuordnung“ ähnlich wie Arthur Moeller van den Bruck. Er gehörte wie dieser zu den Protagonisten eines aus dem „preußischen Sozialismus“ hervorgehenden „Dritten Reichs“.

Zu einer derart weitgehenden Absage an die Weimarer Republik waren vor dem Staatsstreich in Preußen vom 20. Juli 1932 nur wenige Hochschullehrer bereit. Rothfels avancierte nicht zuletzt deshalb zum Meinungsführer und zog seit 1931/32 wie kein anderer Historiker die Nachwuchskräfte der bündisch-konservativen Gegenrevolution in seinen Bann. Mit ihnen zusammen, aber auch als Berater der ostpreußischen Führungsschichten, der Reichswehrstäbe und der baltischen Irredenta, begrüßte er die Präsidialkabinette als „Wiederbelebung des alten Obrigkeitsstaates“. Er ging sogar einen Schritt weiter. Die Präsidialkabinette sollten „nur Übergang sein“. Er plädierte für ein Bündnis zwischen dem Präsidialregime und den Nationalsozialisten, die in den Staatsaufbau integriert werden sollten.

Mit dieser Vorarbeit zur Zerstörung der Weimarer Republik ließ Rothfels es jedoch nicht bewenden. Seit 1932/33 kamen „gesamtdeutsche“ und „völkische“ Visionen hinzu. Aus den Ruinen von Weimar sollte ein neues „Reich“ hervorgehen, das auf zwei gleichgewichti-

gen Säulen beruhte: Dem ostpreußisch-baltischen Nordosten und den südosteuropäischen Vorposten des früheren habsburgischen Vielvölkerreichs. Rhein, Weichsel und Donau würden als „deutsche Ströme“ das kontinentaleuropäische Imperium durchziehen, die Westgrenze würde irgendwo zwischen Nordsee und Adria verlaufen, und der östliche Bogen von Reval bis Bukarest geschlagen werden. Den tragenden Kern aber sollte „Mitteleuropa“ bilden, das „engere Deutschland“ mit seinem „östlich-südöstlichen Vorfeld“, dem eigentlichen „deutschen Volksboden“ und „Lebensraum“. Aufgrund ihrer Verbindung von „absolutem Etatismus“, ständischem Korporatismus und aggressiv-völkischer Expansionsperspektive verfügte Rothfels' Vision über alle wesentlichen Charakteristika einer faschistischen Doktrin.

Rothfels verstand sich als Vordenker der traditionellen Führungsschichten, insbesondere des Junkertums, der Militärokaste, der Ministerialbürokratie und der protestantischen Staatskirche. Er war somit alles andere als ein Nationalsozialist, aber er betrachtete das Bündnis mit der NS-Massenbewegung als unverzichtbaren Bestandteil des Umsturzes im Innern und der anschließenden expansionistischen Machtentfaltung. Zweifellos lehnte Rothfels ihren biologischen Rassismus genau so ab wie die populistische Demagogie, mit der sich der Nationalsozialismus bei den kleinen Leuten anbiederte. Aber er vertraute auf ihre Integration im Prozess der Konsolidierung des „nationalen Aufbruchs“.

Bis zum Sommer 1934 verlor diese Variante des deutschen Faschismus weitgehend an Einfluss. Bei ihrem Exponenten Rothfels kam zur politischen Marginalisierung noch etwas anderes hinzu: Seine Stigmatisierung zum Juden. Durch den „Arierparagraphen“ des Berufsbeamtengesetzes vom April 1933 wurde der als Abiturient zum Protestantismus Übergetretene zum Juden gestempelt. Im Sommer 1934 musste er seine Lehrtätigkeit an der Universität Königsberg beenden. Im März 1935 wurde er emeritiert und erhielt im Rahmen der „Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ einen Forschungsauftrag an der Staatsbibliothek Berlin, der auf Fürsprache Joachim von

Ribbentrops zunächst mit einem bescheidenen Vorlesungsdeputat an der Berliner Universität verbunden war. Die nächste Etappe des sozialen Abstiegs war durch die Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 erzwungen. Im Dezember 1935 beantragte Rothfels die Nichtanwendung der Bestimmungen des antisemitischen Reichsbürgerrechts auf seine Person, aber nun zeigte sich, dass die bisherige Protektion versagte. Im September 1936 teilte ihm Innenstaatssekretär Wilhelm Stuckart die endgültige Ablehnung mit, und Rothfels begann sich nun im Ausland umzusehen. Nach Vorträgen in Cambridge ging er im Sommer 1939 mit Zustimmung des Reichswissenschaftsministeriums als Hospitant an das St. John's College in Oxford.

Lange Zeit wollte Rothfels die nun auch ihn treffende Marginalisierung nicht wahrhaben und setzte in seiner Publizistik demonstrative Signale eines scheinbar ungetrübten historisch-politischen Bündnisses. 1934 gab er sich überzeugt, die von ihm repräsentierte Geschichtswissenschaft sei und bleibe ein unverzichtbarer „Bundesgenosse“. Noch ein Jahr später schrieb er seinen Lesern ins Stammbuch, er stehe als Repräsentant der Generation der „Frontkämpfer“ nach wie vor für die Programmatik einer „kämpfenden Wissenschaft“ ein. Sein Anspruch auf die geschichtspolitische Mitgestaltung des „Dritten Reichs“ hielt sich erstaunlich lange. Jedoch waren Marginalisierung und Emigration dadurch nicht aufzuhalten, und diese Erfahrungen trugen dazu bei, dass Rothfels schließlich zu einer neo-konservativen Geschichtspolitik zurückfand.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde aus dem Auslandsaufenthalt eine Emigration ohne absehbare Rückkehrmöglichkeit. Die Ruhestandsbezüge wurden gesperrt. Aber auch in England begann sich der Wind zu drehen, denn Rothfels war ja kein Flüchtling, sondern Staatsbürger eines Feindlands mit einem befristeten Gaststatus. In den Sommermonaten des Jahres 1940 wurde er auf der Isle of Man interniert. Das einzige publizistische Lebenszeichen aus diesem dunklen Jahr 1940 war ein kurzer Aufsatz über das Zusammenspiel der Deutschen und Sowjets im Baltikum. Er betrauerte die im Gefolge

des Molotov-Ribbentrop-Pakts erfolgte „Umsiedlung“ der etwa 80.000 Deutschbalten in das annektierte Westpolen als „echte historische Tragödie“.

Im Juli 1940 wurde Rothfels zu einer Gastprofessur an der Brown University in Providence/USA eingeladen und reiste nach seiner Freilassung aus der Internierung im November 1940 in die USA weiter. Dort gelangte er in eine sehr anstrengende und durch hohe Lehrbelastungen bestimmte Stellung, jedoch blieb ihm das Schicksal eines stellunglosen Emigranten erspart. 1946 erhielt er die US-amerikanische Staatsbürgerschaft und wurde als Gastprofessor an das Department of History der Universität Chicago berufen. Der Umgang mit den teilweise weit links eingestellten Studierenden und das weit gefächerte Lehrprogramm zwangen ihm neue Lernprozesse und ein gewisses Maß an Toleranz auf. Dadurch setzte sich die bereits 1937/38 begonnene Entradikalisierung seines geschichtspolitischen Denkens ein Stück weit fort. Rothfels blieb jedoch in ein konservatives Emigrantenetzwerk eingebunden, das sich von den Einflüssen der neuen Lebensumwelt weitgehend abkapselte.

Es war sicher der Zeitenwende des Kalten Kriegs geschuldet, dass einem Mann dieses Zuschnitts 1948 nach zweijähriger Gasttätigkeit die Nachfolge der Professur des renommierten Europa-Historikers Bernadotte Schmitt angeboten wurde. Schmitt hatte zeitlebens den preußisch-deutschen Sonderweg kritisiert und war von der deutschen Hauptverantwortung für den Ersten Weltkrieg überzeugt gewesen. Rothfels hingegen hatte seit Beginn der 1920er Jahre unermüdlich gegen die „Kriegsschuldflüge“ gekämpft und einer Revision der Nachkriegsordnung von Versailles und Saint-Germain das Wort geredet. 1944/45 war aber eine ganz andere Nachkriegsordnung im Entstehen als 1918. Rothfels bekannte nun öffentlich, was er im vertrauten Kreis schon seit dem Sommer 1941 geäußert hatte: Er hielt das angelsächsische Kriegsbündnis mit der Sowjetunion für eine weltgeschichtliche Katastrophe. Noch 1944 sah er die Esten und Letten mit den Deutschen in einer tief verwurzelten Tradition der „Verteidigung der westlichen

Kultur“ verbunden, die sich gegen die Sowjetunion stemmte. Was ihn gegen Kriegsende besonders bewegte, war nicht der deutsche Völkermord an den europäischen Juden und der slawischen Bevölkerung in Osteuropa, sondern die Tatsache, dass sich die Sowjets im Kern Mitteleuropas festsetzten. Die härteste Attacke ritt Rothfels 1946, als er den Westalliierten vorwarf, sich auf der Potsdamer Konferenz an der Durchsetzung einer Nachkriegsordnung beteiligt zu haben, die einem „Hitlerschen Frieden“ gleichkam. Mit diesem Verdikt bezog er sich nicht nur auf die in Potsdam sanktionierte Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, sondern bestritt auch die Legitimation der neuen Grenzziehungen im Osten. Noch immer war Rothfels nicht bereit, die nationale Integrität des neu erstandenen Polen anzuerkennen.

Ein derart konsequent „Richtung haltender“ Geschichtspolitiker war in Westdeutschland willkommen. Rothfels gehörte zu den wenigen emigrierten Hochschullehrern, die um ihre Rückkehr gebeten wurden. 1947 schlug er mehrere Lehrstuhlberufungen aus. Erst nach dem Erfolg seiner ersten Nachkriegsstudie über die Opposition gegen Hitler und einer Vortragsreise in Westdeutschland waren seine Zweifel ausgeräumt, er könnte keinen Anschluss an die akademische Nachkriegsjugend mehr finden.

Mit der Besetzung des Tübinger Lehrstuhls im Jahr 1951 begann für den sechzigjährigen Rothfels eine neue Schaffensperiode. Als graue Eminenz der Berufungspolitik schied er die unbelehrbaren Nazis von den Geläuterten. Zusammen mit seinen Königsberger Schülern umschiffte er die Klippen eines Ministerauftrags, der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa“. Ein weitgehend fertig gestellter Abschlussband über den NS-Völkermord als Vorgeschichte dieser Vertreibungen blieb unveröffentlicht, weil in ihm die Netzwerke aufgedeckt worden wären, in denen sich seine Königsberger Schüler als Vordenker der „ethnischen Flurbereinigungen“ bewegt hatten, wie vor allem Mathias Beer in seinen neuesten Arbeiten nachwies. Zusätzlich beteiligte sich Rothfels am Aufbau des Münchener Instituts für Zeitgeschichte. Unter seiner Regie gediehen die dem Insti-

tut assoziierten „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, die lange Jahre die Richtung der Zeitgeschichte bestimmen sollten und die alternative Ansätze, beispielsweise eines George W. F. Hallgarten, ausgrenzten. Seit 1960 wirkte Rothfels auch als deutscher Hauptherausgeber der „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945“, eines konfliktbeladenen internationalen Editionsprojekts.

Hans Rothfels war ein neo-konservativer Repräsentant der nationalistischen Ideengeschichtsschreibung. In seiner mittleren Schaffensperiode überschritt er diesen Rahmen und entwickelte eine faschistische Geschichtskonzeption. Dadurch zerfällt sein Lebenswerk in drei deutlich unterscheidbare Teile. In den 1920er Jahren verband er seinen an Friedrich Meinecke geschulten Neo-Rankeanismus mit einer dezidierten Opposition gegen die Weimarer Republik und die europäische Nachkriegsordnung. Darauf folgte eine mittlere Periode, in der er das Bestehende nicht nur kritisierte, sondern ihm auch eine geschichtspolitische Utopie der Gegenrevolution entgegensetzte und sich trotz rasch einsetzender persönlicher und antisemitischer Diskriminierungen zur Mitgestaltung einer faschistischen Neuordnung berufen fühlte. Die dritte Schaffensperiode war durch die veränderten Rahmenbedingungen seiner Emigration geprägt. Sie führte zur Ent-Radikalisierung des Rothfelsschen Denkens, zugleich aber auch zu einer neuerlichen Frontstellung gegen die sich 1944/45 abzeichnende zweite Nachkriegsordnung des 20. Jahrhunderts. In den folgenden Jahren näherten sich jedoch die machtpolitischen Prozesse zunehmend an seine eigenen geschichtsphilosophischen Vorstellungen an, und deshalb kam es in dieser dritten Phase zu keiner neuerlichen Radikalisierung mehr. Rothfels profilierte sich als neo-konservativer Exponent des Kalten Kriegs. Als ordinarialer Sinnstifter der kulturellen Hegemonie hat er erst in seiner dritten Schaffensperiode zu wirken begonnen.

Dr. med. Dr. phil. Karl Heinz Roth ist Vorstandsmitglied der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und Mitherausgeber von Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur

Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Weltwirtschaftskrise, der NS-Diktatur und des Kalten Krieges. Homepage: <http://www.stiftung-sozialgeschichte.de>